A4 Union und SPD greifen rechtsstaatliches Instrument an - Pflichtanwaltliche Vertretung in Abschiebehaftverfahren darf nicht abgeschafft werden!

Antragsteller*in:	Santino Klos
Tagesordnungspunkt:	8 Anträge

Antragstext

Die noch von der Ampel-Koalition im Bund auf den Weg gebrachte Einführung einer anwaltlichen Pflichtvertretung in Abschiebehaftsachen (vgl. § 62d AufenthG) wollen CDU/CSU und die SPD wieder rückabwickeln. Wir lehnen das entschieden ab und kritisieren dieses Vorhaben scharf!

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP kamen damals einer langjährigen Forderung von Verbänden und Organisationen nach. Die Regelung ist deshalb wichtig, weil die Fehlerquote bei genau diesen Abschiebehaftsachen sehr hoch ist.

Im Saarland steigt die Zahl der ausreisepflichtigen Personen, die in Abschiebehaft genommen wurden. Das Konzept der Abschiebehaft ist unmenschlich und gehört abgeschafft. 2024 wurden doppelt so viele Menschen in Abschiebehaft gesteckt als im vorangegangen Jahr. Über zwei Millionen Euro kostete die Praxis das Saarland, das keine eigenen Plätze vorhält, sondern diese bei den Ländern Rheinland-Pfalz und Hessen mietet. Teilweise mussten sogar Menschen aufgrund einer überlangen Verfahrensdauer wieder aus der Abschiebehaft entlassen werden. Union und SPD wollen die Situation der Menschen, die diese unmenschliche Härte trifft, noch verschlechtern!

Für uns ist klar: Abschiebehaft gehört abgeschafft und die Rechte von Geflüchteten gehören gestärkt!

Besonder perfide ist das Vorhaben der Koalition aus Union und SPD im Bund, weil viele Entscheidungen in Abschiebehaftsachen oft rechtswidrig sind. Die hohe Fehlerquote ergibt sich aus einer Statistik des Rechtsanwalts Peter Fahlbusch, der seit 2001 Statistik über die von ihm vertretenen Abschiebungshaftmandate führt. Seine Fallstatistik zeigt: Über die Hälfte der Menschen, die er in Abschiebehaftsachen vertrat, waren rechtswidrig inhaftiert. Erfolgsquoten von Klagen gegen Abschiebehaftsachen betragen bis zu 89 Prozent.

Dieses Rechtsstaatliche Instrument wird als Ideologie verunglimpft, zugunsten Rechtsextremer und Rechter Menschenfeinde. Wir sagen: Rechtsstaaliche Instrumente sind keine Ideologie!